

Waterfront: 5. Bürgerversammlung der BiP

Oktober 02, 2010 Von: bs Kategorie: Allgemein, Sport

Die BiP (Bürgerinitiative behutsame Priwallentwicklung) hatte zu ihrer 5. Bürgerversammlung aufgerufen, und die Sitzgelegenheiten wurden wieder knapp in der Passathalle am Passathafen. Im ersten Teil der Versammlung ging es um die Befindlichkeiten der Segler im Passathafen in Bezug auf das projektierte "Priwall Waterfront". Vertreter des Lübecker Yachtclubs (LYC), des Segelvereins Herrenwyk (SVH) und Heino Haase (der sein Boot im Passathafen liegen hat) nahmen dafür auf dem Podium Platz. Im zweiten Teil berichtete der aus Berlin angereiste Rechtsanwalt der BiP, Dr. Klinger, über den Stand der Dinge.



Podiumsdiskussion zu den Sorgen der Segler im Passathafen (Foto: Bernd Scheel)

Heino Haase räumte ein, dass "Priwall Waterfront" durchaus positiv sein könne für den Priwall, befürchtete aber, dass das Bauvorhaben in seinem jetzigen Zuschnitt ("zu wuchtig") zu einer Verdrängung der Segler führen werde, weil kein Platz mehr für die notwendige Infrastruktur – Winterliegeplätze, Platz für Trailer und Wohnmobile, Camping – gegeben sei. Letztendlich sei dies auch für die Stadt Lübeck von Nachteil, wenn die zahlenden Segler abwanderten. Ohne Winterlager, so der Vorsitzende des SVH, Michael Voigt, sei der Yachthafen nicht mehr rentabel und würde rote Zahlen schreiben.

Den städtischen Gesprächspartnern der Vereine wurde weitgehende Inkompetenz – zum Beispiel, wenn es um die Versetzung des Krans an den Platz der jetzigen Slipanlage gehe – bis hin zu "Beratungsresistenz" vorgeworfen. Dr. Udo Ott verteidigte die Verwaltung: Es gebe dort durchaus kompetente Leute, aber die seien vielleicht nicht in die Planung von Priwall Waterfront eingebunden. Vehement wehrten sich Podiumsteilnehmer und das Publikum gegen die Aussage von Bürgermeister Saxe, auf dem Priwall würden "Reiche" mit ihren Booten liegen. Vielmehr handele es sich um einen "Hafen für kleine Leute".

Zur Zeit, so ein Teilnehmer aus dem Publikum, "macht jeder für sich allein" auf dem Priwall. Die Wassersportler sollten sich zusammenschließen, um ihre Forderungen zu vertreten und das jetzt durch die Verwaltung ausgeübte Prinzip "Teile und Herrsche" zu unterbinden.

Siegbert Bruders, Vorsitzender der BiP, hob abschließend hervor, dass alle angesprochenen Probleme im von der BiP entwickelten, alternativen Bebauungskonzept weitgehend gelöst

sein, weil die betroffenen Vereine von Anfang an in die Planung mit einbezogen worden seien.

“Ungeheuerlichkeiten” im Kaufvertrag

Rechtsanwalt Klinger verwies auf die Erfolge der BiP, seit er die Vertretung vor zwei Jahren übernommen habe. Auf dem Priwall sei “nichts zu sehen”, man sei über die Akteneinsicht gegen die für 2009 geplante Erstellung des Flächennutzungsplans(FNP) vorgegangen, und der FNP liege immer noch nicht rechtsgültig vor. Klinger vertrat die Ansicht, dass der FNP in seiner jetzigen Form nicht genehmigungsfähig sei.



Rechtsanwalt Klinger (Bildmitte) gibt juristische Einschätzungen zu "Priwall Waterfront" (Foto: Bernd Scheel)

Ohne FNP werde der Vertrag am 20.12.2010 gegenstandslos, ohne dass die Stadt in Regress genommen werden könne. Allerdings enthalte der Vertrag eine Klausel, wonach der Projektplaner Sven Hollesen eins von zwei Teilstücken (Passathafen oder Krankenhausgelände) zum Preis des Gesamtgrundstücks beanspruchen könne, auch ohne ein Zustandekommen des Vertrags – “eine Ungeheuerlichkeit”, so RA Klinger.

Einen Schwerpunkt legte RA Klinger auf die Berichte des Rechnungsprüfungsamts (RPA), wonach die Flächen auf dem Priwall viel zu billig an den Projektplaner Sven Hollesen verkauft worden seien. “So einen Bericht sieht man selten”, meinte Klinger. “Millionen Steuerbeträge” seien verschenkt worden und es stelle sich die Frage, ob die Lübecker Verwaltung eine “Verwaltung der Bürger oder die des Investors” sei. Die Schätzungen der Stadt bezüglich der Einnahmen durch “Priwall Waterfront” seien überbewertet.

Es gebe, so Klinger, viele Ansätze, um gegen den dem FNP folgenden Bebauungsplan (B-Plan) juristisch vorzugehen. So werde beispielsweise die durch Landesgesetz vorgeschriebene Abstandsregelung zum Flussufer nicht eingehalten. Hollesen könne zwar vielleicht – in etwa zwei Jahren – mit den Bauarbeiten beginnen, würde dann aber ins “volle Risiko” gehen.

Die BiP, so die Vorstandsmitglieder Bruders und Erdmann, sei vor allem an einer ernsthaften Gegenüberstellung ihres Konzepts mit “Priwall Waterfront” und an einer breiten Diskussion darüber in Travemünde interessiert. Die Position der SPD, die Ende Oktober/ Anfang November über “Priwall Waterfront” entscheiden wolle, sei letztlich ausschlaggebend.

Am Rande der Veranstaltung zeichnete sich ab, dass es in naher Zukunft eine Podiumsdiskussion geben werde, bei der Befürworter und Gegner der Konzepte sich einer unmittelbaren Diskussion stellen würden.